



Wandbild an der Ausländerbehörde in Berlin

JÜRGEN RITTER / IMAGO

Bundshaushalt

## Schäuble spart

Finanzminister braucht weniger Geld für anerkannte Asylbewerber.

Die sinkenden Flüchtlingszahlen entlasten den Bundeshaushalt im kommenden Jahr um mehrere Hundert Millionen Euro. So sieht es der aktuelle Etatentwurf von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble vor, der jüngste Entwicklungen berücksichtigt. Der CDU-Politiker will gegenüber seinen Planungen vom Sommer rund 450 Millionen Euro bei den Flüchtlingskosten kürzen. Schäuble spart vor allem, weil er weniger Geld für Sozialtransfers für anerkannte

Asylbewerber braucht. Ein Drittel der Einsparungen will Schäuble dazu nutzen, ein Programm für die soziale Teilhabe älterer Langzeitarbeitsloser aufzustocken. Die Änderungen sollen in der kommenden Woche bei der sogenannten Bereinigungssitzung vom Haushaltsausschuss des Bundestages endgültig beschlossen werden. Insgesamt gibt der Bund im kommenden Jahr rund 22 Milliarden Euro für Flüchtlinge aus. mad, rei

### Atomausstieg Fragwürdige Milliarde

Hat die Bundesregierung den Stromkonzernen ein verstecktes Milliardengeschenk gemacht, um so deren Zustimmung zum Atomausstieg zu erkaufen? Zumindest will sie nicht schlüssig beziffern, wie sich die Milliarde Euro zusammensetzt, die sie der Atombranche als Entsorgungskosten angerechnet hat. Das geht aus einer Anfrage der Atomexpertin Sylvia



Atommüllbehälter

BORIS ROESSLER / DPA

Kotting-Uhl (Grüne) hervor. Hintergrund der Anfrage war der Kompromiss zwischen Politik und Unternehmen zur Atommüllentsorgung. Die Bundesregierung sollte die Verantwortung für Zwischen- und Endlagerung der atomaren Abfälle in Deutschland übernehmen – die Konzerne würden dafür im Gegenzug 23,6 Milliarden Euro in einen öffentlich-rechtlichen Fonds einzahlen. In der Summe waren die von den Betreibern bereits gebildeten Rückstellungen (17,389 Milliarden

Euro) und ein Risikozuschlag in Höhe von 6,167 Milliarden Euro enthalten. Abgezogen wurden jedoch allgemeine Kosten der Atombetreiber in Höhe von 939 Millionen Euro für die Jahre 2015 und 2016. Wie sich diese knappe Milliarde errechnet, lässt die Bundesregierung jedoch offen. Für Kotting-Uhl ein Umding: „Dass die Regierung den Konzernen fast eine Milliarde erlässt, ohne beziffern zu können, wie sich dieser Batzen zusammensetzt, stinkt zum Himmel.“ fdo